

Voraussetzungsreiches, aber schlagkräftiges Instrument der Zivilgesellschaft

Wesensmerkmale politischer Manifeste

JOHANNA KLATT / ROBERT LORENZ

Zumindest dies haben politische Manifeste im Geschichtsverlauf zweifelsohne erreicht: Ihr überwältigender Facettenreichtum lässt sich in einer schnöden Konklusion eigentlich nur ansatzweise abbilden. In diesem Band sollten politische Manifeste schwerpunktmäßig im Hinblick auf ihre Tauglichkeit zur Mobilisierung und Praxis von politischer Partizipation untersucht werden. Welche wiederkehrenden Merkmale und Verhaltensweisen politischer Manifestation lassen sich also feststellen? Inwiefern eignen sich Manifeste als Medium zur politischen Einflussnahme aus der Zivilgesellschaft in die Politik? Wie steht es um ihren „Erfolg“, der sich in mehrfacher Hinsicht beurteilen lässt: Die Präsenz in Tages- und Wochenzeitungen, im Fernsehen oder Rundfunk geht mit medialem Erfolg einher; erinnert man sich politischer Manifeste anlässlich von Jubiläen, liest man von ihnen in Lexika oder Fachbüchern, haben sie also geschichtliche Bedeutung erlangt, so sind sie zumindest historisch erfolgreich gewesen; politisch-inhaltlicher Erfolg stellt sich ein, falls die im Manifest postulierten Ziele erreicht, sich beispielsweise politische Entscheidungen eines Parlaments oder einer Regierung auf die Forderungen des Manifests zurückführen lassen. Aufgrund dieser möglichen Wirkung in unterschiedlichen Kategorien von „Erfolg“ können politische Manifeste insofern simultan gelingen und versagen. Doch dazu an späterer Stelle mehr.

DER GESTALTUNGSDRANG IGNORIERTER EXPERTEN: ZUR MOTIVATION VON MANIFESTANTEN

Ein politisches Manifest ist kein leichtes Unterfangen. Man muss sich mit oftmals widerspenstigen Ko-Manifestanten abmühen, um am Ende eine halbwegs zusammenhängende Schrift angefertigt zu haben; man muss sich dem manchmal harschen Urteil der öffentlichen Meinung aussetzen; mitunter schlagen einem heftige Reaktionen aus der Politik entgegen; dabei operiert man womöglich noch in untergründiger Subversion gegen ein unterdrückerisches Regime. All dies kostet zudem Zeit und Geduld, strapaziert Nerven und bietet zu keinem Zeitpunkt eine Erfolgsgarantie. Was also motiviert zum politischen Manifestieren?

Ganz einfach: Manifeste bieten eine Fülle von angenehmen Konsequenzen und verheißen etliche Chancen. Erstens können Manifeste ganz allgemein dazu dienen, Meinungsführerschaft zu erobern und Deutungshoheit zu erlangen. Manifestanten wollen sich neue oder verbesserte Handlungsfelder erschließen, auf denen ihnen eine bedeutsame Funktion zuwächst. Sie können sozialen Protest provozieren und zu dessen Wortführern oder Ratgebern avancieren; eine in den Medien geführte Debatte entfachen, in der sie als Experten gefragt sind; oder einen zivilgesellschaftlichen Aktionsraum eröffnen, in dem dann ebenfalls ihre Erfahrungen und Wissensbestände nachgefragt werden. Häufig finden sich in einer Manifestantenschaft daher Experten zu einer Gemeinschaft zusammen, um mit geeinter Wirkungskraft zu versuchen, sich zur fachlichen Elite aufzuschwingen und ein Thema intellektuell zu beherrschen, sich dabei selbstredend als erstklassige Adresse für einzigartiges Wissen zu präsentieren. Schon die künstlerische Avantgarde erwählte für ihre öffentlichen Stellungnahmen das Attribut des „Manifests“, weil es eine atavistische Aura aristokratischer Herrschaft besaß und dem Anschein nach die Befugnis zur Meinungsautorität erteilte.¹ Indem Manifestanten eine ihnen genehme Argumentation in den Zentren von Politik und Gesellschaft platzieren, können sie ihre eigene Nachfrage schaffen, ihre Eignung als formidable Denker demonstrieren. Die Heidelberger und Göttinger Professoren, auch Marx und Engels strebten zum Beispiel nach Meinungsführerschaft. Insofern sind Manifeste ferner ein weiterer Versuch, eine seit Längerem gehegte Absicht endlich zu verwirklichen.

Die ausdrücklichen Forderungen eines Manifests entsprechen erfahrungsgemäß nur zu einem Teil den eigentlichen Zielen der Manifestanten. Mit der Manifest-Aktion verbinden sich zumeist noch weiterreichende Absichten. Die Friedensaktivisten um Hans-Peter Dürr zum Beispiel wollten nicht nur einen Dialog, sondern auch eine Wiederbelebung der deutschen

1 Vgl. Berg, Hubert v.d.: Zwischen Totalitarismus und Subversion. Anmerkungen zur politischen Dimension des avantgardistischen Manifests, in: Asholt, Wolfgang/ders. (Hg.): „Die ganze Welt ist eine Manifestation“: Die europäische Avantgarde und ihre Manifeste, Darmstadt 1997, S. 58-80, hier S. 63 f.

Friedensbewegung erzielen, die durch den Fortfall des Kalten-Kriegs-Szenarios geschwächt war. Und das Anliegen Willi Münzenbergs, das für ihn viel wichtiger war als das politische Postulat der Manifeste, bestand in dem praktizierten Bündnis zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten, im Zuge der Verschriftlichung ihres Protests gegen das NS-Regime im Rahmen politischer Manifeste. Mitunter gilt es dabei auch, den Aspekt eines verborgenen Egoismus zu berücksichtigen. Carl Friedrich v. Weizsäcker bezweckte mit der Göttinger Erklärung, eine Alternative zu seiner naturwissenschaftlichen Karriere, die aus seiner Sicht unbefriedigend verlaufen war, zu etablieren, indem er in Deutschland ein neues Thema in der Öffentlichkeit erweckte, bei dem er gute Aussichten auf Meinungsführerschaft hatte. Bereits die Analyse einiger Fallbeispiele hat gezeigt, wie politische Manifeste oftmals Vehikel für besondere Interessen ihrer Verfasser oder Initiatoren sein können. Zugespitzt: Manifestanten geht es häufig gar nicht so sehr darum, die Politik zu einer schleunigen Berücksichtigung ihrer Forderungen zu zwingen. Vielmehr käme ihnen manchmal der augenblickliche Erfolg ihrer Aktion eher ungelegen. Denn in diesem Fall verlören sie ja ihre Bedeutung als Impulsgeber. Wenn erlahmte soziale Bewegungen aufgefrischt werden, profitieren davon auch ihre Protagonisten, ihre Anführer und Theoretiker; wenn ein Thema in der öffentlichen Debattenhierarchie an Bedeutung gewinnt und zu einem primär diskutierten aufsteigt, dann bieten sich auch dem Manifestanten neue Möglichkeiten, seine Gedanken einer plötzlich interessierten Öffentlichkeit mitzuteilen, der nunmehr alarmierten Politik Vorschläge zu unterbreiten – insgesamt: (an)gehört zu werden.

Natürlich: Genauso gibt es auch Manifestanten, die sich zivilcouragiert und draufgängerisch mit großem Mut gegen missliche Verhältnisse und autoritäre Regime auflehnen, die unter Einsatz ihres Lebens und im Glauben an eine bessere Gesellschaft in märtyrerischer Opferbereitschaft für hehre Ideale kämpfen. Der Revolutionär Georg Büchner oder einige der Systemoppositionellen des „Neuen Forums“ können hierzu gezählt werden.

Zufluchtsort für Querköpfe: zum zivilgesellschaftlichen Bedürfnis

Zweitens sind Manifeste ein geeignetes Mittel, um seinen gesellschaftlichen Pflichten als Institution oder Experte nachzukommen – oder aber dies wenigstens öffentlich zu dokumentieren. Sie unterstützen Manifeste gesellschaftliche Gruppen bzw. Personenkreise darin, die ihnen normativ zugeschriebenen Funktionen oder Erwartungen zu erfüllen. In manchen Fällen dienen sie auch zur schnellen Imagepflege und zum nachhaltigen Renommeegewinn. Manifestanten können sich als Sachverständige profilieren, Prominenz erlangen und ihre Reputation steigern, indem sie sich als Träger wichtiger Bedenken, gehaltvoller Information oder schwerer Verantwortung ausweisen. Des Weiteren bieten Manifeste die Möglichkeit, sich vor aller Öffentlichkeit als aufrecht, wagemutig, rechtschaffen und kompetent

tent zu profilieren – gerade weil moralische Absicht schwer zu widerlegen ist. Als Medium, mit dem man vom vorherrschenden Konsens abweichen kann, erlaubt das politische Manifest die öffentliche Selbstpräsentation als Inhaber achtenswerter Tugenden: bedrohlichen Entscheidungen nicht mit Gleichgültigkeit zu begegnen, beherzt Partei für eine lobenswerte Sache zu ergreifen, normativ auferlegte Pflichten zu erfüllen, kurzum: lautstark aufzubegehren, statt stillschweigend zu verharren.

Ein drittes Motiv entspringt einer tiefsitzenden Enttäuschung über die politische Elite. Politische Macht, so proklamierte einst der politische Schriftsteller Wilhelm Herzog, „erringt man nur durch Kampf“². Dieser martialischen Sichtweise nach soll sich die Öffentlichkeit derart stark für ein Anliegen interessieren, dass Politik und Staatsadministration gar nicht mehr umhin können, diesem ihre zuvor verweigerte Aufmerksamkeit zu schenken. Darin liegt der Ansporn politischer Manifestanten. Manifeste sind häufig Resultate radikalisierten Politikverdrossenheit oder Instrumente einer blockierten Elite. Bei ihren Urhebern kann es sich um Personen und ganze Gruppen handeln, denen von Seiten politischer Entscheidungsträger taktlose Ignoranz widerfuhr, deren Ratschlag niemand wollte, berücksichtigte oder wertschätzte und die nun ihrerseits im Gegenzug von Berufspolitikern wenig halten, von diesen aber empfindlich deklariert wurden. Manifeste sind dem zufolge Mittel, mit denen außerhalb der konventionellen³ Politik stehende Eliten über den Umweg der Öffentlichkeit Druck auf die Politik auszuüben trachten. Mit ihrem Talent zur Expertendemütigung hat sich die Politik bislang als ein fleißiger Produzent von Manifestanten erwiesen. Denn originelle Querdenker stimulieren zwar das politische System intellektuell, werden aber von zuchtmeisterartigen Parteiorganisatoren, denen an der inneren Geschlossenheit ihrer Parteien und Fraktionen gelegen ist, zumeist als störende und wunderliche Querulanten angesehen und bekämpft. Somit finden immer weniger interessante Charaktere den Weg in die Parteien, deren Profil dadurch zunehmend einheitlicher wird. Ein Teufelskreis, denn diese Parteienstrukturen erscheinen umso unattraktiver für innovative Quergeister. Für diese Vordenker bieten sich Manifeste wiederum als ein Refugium an, von dem aus sie ungeachtet des zunehmend homogener werdenden Profils der Parteieliten ihre Impulse aussenden können.

Viele Manifestanten handeln überdies aus einem starken Anti-Parteien-Affekt. Oftmals tummeln sich in Manifestantenschaften Personen, die von

2 Herzog, Wilhelm: Hymnen und Pamphlete. 30 Jahre Arbeit und Kampf, Paris 1939, S. 260.

3 Konventionelle Politik umfasst u.a. Organisationen und Institutionen, deren Arbeit kaum etwas beinhaltet, was nichts mit politischen Entscheidungen zu tun hat: zuvorderst Parteien, Ministerien, und Parlamente; vgl. hierzu auch Rijke, Johann de: Politische Partizipation Jugendlicher und junger Erwachsener: Altes und Neues, in: Kaspar, Hanna et al. (Hg.): Politik – Wissenschaft – Medien. Wiesbaden 2009, S. 221-237, hier S. 225.

den Organen und Institutionen der Politik nicht viel halten und sich von diesen bereits entfremdet haben. Parteien und Politiker, so ihre verdrießliche Stimmung, würden stets Machtkalkülen und Stimmenmaximierung den Vorzug gegenüber sachlich angemessenen Lösungen und gebotenen Debatten gewähren. Sie unterstellen Politikern einen Unwillen, Fragen zu diskutieren und Lösungen durchzusetzen, die bei den Wählern mutmaßlich unbeliebt, sachlich jedoch geboten sind. Zu dieser Kategorie von Manifestanten gehören auch Charaktere, die sich selbst als „unpolitisch“ einstufen und folgerichtig mit Parteien nichts zu tun haben wollen, gleichwohl sie dennoch „politisch“ denken. All jene, die sich von Parteien weder repräsentiert noch respektiert fühlen, sind prädestinierte Manifestanten, die auf der Suche nach alternativen Formen politischen Engagements und Kanälen politischer Einflussnahme sind – die sie von Zeit zu Zeit eben in Manifesten finden.

Viertens motiviert der politische Gestaltungsanspruch jenseits konventioneller Bahnen. Manifestanten sind oft selbsternannte Nicht-Politiker, deren energischem Aktionismus ein intensives Bedürfnis zu eigen ist, politisch aktiv zu werden, ohne dabei in eingetretene, überdies als steinern vermutete Pfade von dauerhaftem und mühseligen Parteengagement wechseln zu müssen. Manifeste sind insofern auch Bestandteil einer bürgergesellschaftlichen Distinktionspraxis, nicht zur professionellen, als profan und unzulänglich kritisierten Politik zu gehören.

POLITISCHES ENGAGEMENT JENSEITS KONVENTIONELLER POLITIK: EIN EXKURS

Die Zahl von kleinen Bürgerinitiativen und Aktionsbündnissen hat sich in den letzten Jahrzehnten förmlich explosionsartig vergrößert. Diese Atomisierung der Zivilgesellschaft zeigt ein gewachsenes Artikulationsbedürfnis der Bürger an. Offenbar wännen sich immer mehr Bürger – die Subjekte von Demokratie also – im Angesicht eines zunehmend intransparenten und unzugänglichen Parteiensystems⁴ und sehen sich infolgedessen bemüßigt, eigene Kontroll- und Einflussmöglichkeiten zu kreieren. Bestärkt werden sie in dieser Haltung derzeit durch Angehörige der politischen Elite, die aus eigener Empfindung eine im Plenarsaal grassierende Diskussionslosigkeit und einen subalternen Gehorsam der Abgeordneten gegenüber ihren Fraktionspitzen beklagen.⁵ Jenen Aktivisten empfehlen sich Manifeste – wenigstens potenziell – als zweckdienliche Medien zur spontanen und öffentlichkeitswirksamen Einflussnahme sowie zur politischen Partizipation fernab des regulären Weges über Parteien. Zwei aktuelle Beispiele politischer Manifeste

4 Vgl. Walk, Heike: Krise der Demokratie und die Rolle der Politikwissenschaft, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, H. 52/2009, S. 22-28, hier S. 26.

5 Siehe etwa Bülow, Marco: *Wir Abnicker. Über Macht und Ohnmacht der Volksvertreter*, Berlin 2010.

tation sollen veranschaulichen, wie Manifeste in der Lage sind, politisch interessierte Bürger trotz deren Distanz zu Parteien an das politische System zu binden.

Lokaler Widerstand aus dem Hamburger Gängeviertel

Es war im November 2009 und ging an die lieben „Standortpolitiker“: „Hört auf mit dem Scheiß.“ Ein Hamburger Künstler-Manifest formulierte unter der Parole „Not In Our Name, Marke Hamburg!“⁶ unmissverständlich, dass man „keine von Quartiersentwicklern strategisch platzierten ‚Kreativimmobilien‘ und ‚Kreativhöfe‘“ wolle. Neben einer eindeutigen Forderung enthielt das „Manifest“ auch eine erwünschte Alternative, ein anzustrebendes Ziel: „Es geht darum, Orte zu erobern und zu verteidigen, die das Leben in dieser Stadt auch für jene lebenswert machen, die nicht zur Zielgruppe der ‚Wachsenden Stadt‘ gehören.“ Die Manifestanten, eine illustre Kulturgruppe aus „Musik-, DJ-, Kunst-, Theater- und Film-Leute, die Kleinegeile-Läden-Betreiber und Ein-anderes-Lebensgefühl-Bringer“, drohte sogleich mit einer persönlichen Konsequenz: Man werde sich nicht an dem „Werbefeldzug für die ‚Marke Hamburg‘“ beteiligen. Die Unterzeichnerliste wartete mit prominenten und beliebtheitsgetränkten Namen auf: Jan Delay, Tocotronic, Kettcar, Peter Lohmeyer, Deichkind, Rocko Schamoni, Daniel Richter oder Ted Gaier.

Das Hamburger Kulturellenmanifest enthielt also alle gängigen Zutaten eines politischen Manifests. Ganz im Gegensatz zu vielen seiner Artgenossen kam es jedoch in den Genuss politischen Erfolgs: Die Hamburger Regierung geriet unvermittelt in Aufruhr, es kam zu einer bemerkenswert lebhaften Senatsdebatte und die Hamburger Bausenatorin sah sich zu einer politischen Reaktion genötigt. Sie kündigte an, die Stadtentwicklung hinsichtlich des Gängeviertels noch einmal überdenken zu wollen. Mit anderen Worten: Das Manifest belebte die politische Debatte und erreichte eine Revision des ursprünglichen Regierungskonzepts. Überregionalen Tageszeitungen war das Ereignis eine Berichterstattung wert, die Journalisten staunten: „Die freie Kulturszene spricht mit einer Stimme, der Pop verbündet sich mit Design, Literatur und Kunst, der Unmut über die eigene Raumnot wird politisch.“⁷ Natürlich trugen zum medialen Erfolg die prominenten Charaktere bei, deren Namen für Auflagen sorgen und die in keinem Pressebericht fehlten.

Medialer und politischer Erfolg, die sich hier gegenseitig verstärkten, waren freilich höchst voraussetzungsvoll, verdankten sich einer überaus sel-

6 Das Manifest ist online einsehbar unter: <http://www.buback.de/nion/> [eingesehen am 13.04.2010].

7 Fölsing, Ulla: Investor im Schafspelz, in: Der Tagesspiegel, 07.11.2009; siehe auch Dittmann, Olaf/Keil, Frank: Kreative gegen die Stadt, in: Welt am Sonntag, 01.11.2009.

tenen Konstellation: einer modernen Problematik (Gentrifizierung/ Stadtmarketing), prominenter Manifestanten, einer konfrontativen Duellsituation (Künstler gegen den Senat), schließlich einer lebensweltlichen Konvergenz von Protestgruppe und Regierungspartei (GAL). Dass sich ausrechnet die Kunstszene gegen die missbräuchliche Instrumentalisierung für ein abgelehntes Konzept von Hamburg als Kreativienstadt wandte, gefährdete das Image der Stadt und das Zustimmungspotenzial der dort regierenden Grünen.

Der zivilgesellschaftliche Nutzen war nicht gering: Herstellung von öffentlicher Aufmerksamkeit für ein ansonsten außerhalb Hamburgs unbeachtet gebliebenes Problem; Zusammenfassung des Standpunkts und der Argumentation einer innerlich heterogenen Konfliktpartei; intensiviert Bearbeitung von Anliegen einer bestimmten Bürgergruppe durch die (regierende) Politik.

Kommunaler Protest der „kreativen Klasse“ in Nordrhein-Westfalen

Ortswechsel: „Wir machen den Scheiß nicht mehr mit!“, erklang es aus Nordrhein-Westfalen. Dort häuften sich im Jahr 2009 Meldungen über Einsparungen im öffentlichen Haushalt auf Kosten des Kulturbereichs. Neben Straßenprotesten begehrten viele Bürger dagegen auch mit politischen Manifesten auf.⁸ Politiker konnten diesen Schriften entnehmen, dass sich die Kulturschaffenden – u.a. Musikproduzenten, Festivalleiter sowie freie Künstler – und deren Unterstützer mit der Steuerpolitik des Bundes höchst unzufrieden zeigten, sie als Ursache für die kommunalen Sparmaßnahmen betrachteten. Auch wehrten sich die Manifestanten darin wie in Hamburg gegen einen aktuellen Trend, als Protagonisten urbaner Kultur – der „kreativen Klasse“ – auf eine Komponente städtischer Imagekampagnen und Markenkonzepte reduziert zu werden. Ihre politischen Forderungen – präzise an die „Verantwortlichen von Bund und Land“ adressiert – zielten auf vermehrte Teilhabemöglichkeiten, „Kultur und Leben selbst organisieren und eigene Orte gestalten“ zu können. Als politischen Alternativvorschlag zu den bekämpften Maßnahmen beschrieben sie die Idee einer „Bad-Bank“, die städtische Schuldpapiere als „creative cities invest-papers“ veräußern und damit frische Gelder erwirtschaften sollte. Mit anderen Worten: Manifeste dienten dort, in nordrhein-westfälischen Städten, als zivilgesellschaftliche Waffe, um Interessen bestimmter Personengruppen gegen die Absichten der

8 Siehe hierzu Molck, Jochen: Freie Kulturszene in NRW muckt auf...., in: Freiräume Für Bewegung, 30.03.2010, online einsehbar unter: <http://www.freiraumbewegung.de/2010/03/30/freie-kulturszene-in-nrw-muckt-auf%E2%80%A6/> [eingesehen am 15.04.2010]; Aufruf: „Wir machen den Scheiß nicht mehr mit!“, online einsehbar unter: <http://soziokultur-nrw.de/?id=1266247931> [eingesehen am 07.05.2010].

Politik zu verteidigen und der Öffentlichkeit bekanntzugeben. Parteien als übliche Organisationen zur Artikulation und Durchsetzung politischer Forderungen spielten für die Manifestanten dabei offenkundig keine Rolle. Sie wandten sich mit ihrer polemischen Schrift direkt an die Öffentlichkeit.

Je mehr sich der politische Gegenstand eines Manifests auf niedrigen Ebenen und in klar umgrenzten Räumen – wie etwa die Kommune im Gegensatz zum Bund – bewegt, desto verzichtbarer scheinen landesweit bekannte oder über weitreichenden Einfluss gebietende Manifestanten zu sein. Die Ressourcen der Manifestanten müssen mit dem beabsichtigten Wirkungsradius ihres Manifests mithalten können. In einer Stadt genügt also ein dort beliebter oder vernetzter Akteur, wenngleich ihn andernorts kaum jemand kennt. Im Falle der nordrhein-westfälischen Manifeste verfügten deren Unterzeichner über reichlich individuelle Ressourcen und soziale Netzwerke, konnten also spritzige Texte verfassen, kannten vermutlich auch etliche Meinungsmultiplikatoren in Zeitungsredaktionen und Rundfunkstudios. Politische Manifeste ermöglichen solchen Personengruppen, die sich außerhalb von Parteien in politischen Fragen zu Wort melden und Kritik äußern wollen, den Kontakt zur Öffentlichkeit und der Politik, binden sie damit an das parteiendemokratische System. Sie sind damit gerade heute – in Zeiten schrumpfender Parteimitgliedschaften – ein wichtiges politisches Ausdrucksmittel für gesellschaftliche Eliten.

STRATEGEN UND IHRE ATELIER: ASPEKTE VON MANIFESTANTENSCHAFTEN

Manifestantenschaften sind hochkomplexe Gebilde, in denen sich Hierarchien ausbilden, spezifische Rollen vergeben werden und aus denen Gruppen und Netzwerke entstehen können. Innerhalb von Manifestantenschaften bilden sich Typen, denen bestimmte Funktionen zugeordnet sind. Zumeist sind dies der Autor, der den Text entwirft, oder der Integrator, der verschiedenartige Charaktere trotz persönlicher Animosität oder ideologischer Fremdheit miteinander in Kontakt bringt und zusammenhält. Oft kristallisiert sich in Manifestantenschaften jedoch ein multitalentierter Primus heraus, der gleich mehrere Rollen übernimmt, der als eine Art Kombination von Komponist und Dirigent den Text formuliert, die Gruppe koordiniert und die daraus entspringende Publikation zu einem strategischen Werk erhebt. Dieser Manifest-Strategie ist in einem solchen Fall die zentrale Figur. Dennoch gibt es daneben häufig genug mehrere Initiatoren, Integratoren und Beliebtheitsträger, die sich – in Anlehnung an Führungsgremien in Staatsgebilden wie dem antiken Athen – als Strategenkollegium bezeichnen lassen. Ohne derlei Führung weisen Manifestantenschaften mangels Identitätspflege und aufgrund vieler Abtrünniger meist eine große Zerbrechlichkeit und geringe Persistenz auf. Insgesamt weiß eine „gute“ Manifestantenschaft

sowohl Personen für den inneren Zusammenhalt als auch die äußere Repräsentation in ihren Reihen.

Dabei kommt es mitunter zu einer Hierarchisierung von Manifestantenschaften. In deren Struktur und internen Hierarchie spiegeln sich Verhältnisse der alltäglichen Beziehung wider; in vielen Fällen reproduzieren sie die Konstellationen, die beispielsweise hinsichtlich, Status, Macht und Rollen außerhalb der konkreten Manifest-Aktion herrschen. Eine klare Rangordnung erweist sich als sinnvoll. So gibt es zumeist lediglich ein bis zwei Manifest-Autoren, welche die literarische Hoheit über die Niederschrift der gemeinsamen Anliegen ausüben, während sich die anderen mit dem Recht auf zumeist unbedeutende Korrekturen vertrösten müssen. Diese tendenzielle Alleinautorenschaft trübt zwar das idealistische Bild einer Gruppe, die sich in langwierigen Diskussionen einen Konsens erarbeitet oder in innerer Harmonie lebt, vereinfacht und beschleunigt jedoch das Schreiben eines Manifests. In manchen Fällen profitiert der Text allerdings auch von einem kongenialen Lektorat wie im Falle des „Hessischen Landboten“, der von der literarischen Kraft Büchners und dem propagandistischen Kalkül Weidigs sein revolutionäres Charisma bezog.

Ferner konstituieren Manifeste Gruppen. In manchen Fällen greifen sie auch auf bestehende Formationen zurück und intensivieren dadurch lange vor der Manifest-Aktion entstandene Kontakte. Eine Manifestantenschaft ist so gut wie nie eine spontane, zufällige und voraussetzungslose Zusammenkunft, sondern beruht auf vorheriger Bekanntschaft, bisweilen gar Freundschaft. Viele von ihnen besitzen sogar gemeinsame Herkunftsorte wie Universitäten, Laboratorien, Ateliers, Klubs, Protestorganisationen oder Beratungskommissionen, an denen die späteren Manifestanten bereits zuvor ihre Zusammenarbeit erprobt oder eine Gruppenmentalität entwickelt haben. Damit steigern Manifeste die Qualität zivilgesellschaftlicher Gruppen oder formieren neue. Bei der Rekrutierung von Manifestanten handelt es sich folglich um einen Prozess, der nicht nur von strategischem Denken, sondern auch von sozialen Netzwerken bestimmt ist und der genügend Stoff bietet, um spannende Entstehungsgeschichten erzählen zu können.

Dadurch ist eine Manifestantenschaft gerade auch für Historiker ein hervorragender Indikator für die Existenz von Gruppen und Netzwerken. Schon der zumeist typische Rekrutierungsverlauf lässt interessante Rückschlüsse auf soziale bzw. zivilgesellschaftliche Ensembles und Loyalitätsverhältnisse zu.

ÜBLICHE VERDÄCHTIGE IN MEDIALER GEISELHAFT: ZU DEN WIRKUNGSBEDINGUNGEN VON MANIFESTEN

Manifeste wirken nicht allein aus eigener Kraft. Vielmehr stehen sie in großer Abhängigkeit von diversen Faktoren. Viele Manifestanten taktieren sprachlich und argumentativ. Sie verführen durch seriöse Sprache, täuschen

durch verschleiernde Semantik, gaukeln ihrem Publikum vermeintliche Wissenschaftlichkeit vor oder berufen sich geschickt auf allgemein gültige Werte und Traditionen. Schnell dienen ein hypotaktischer Satzbau und eine verkomplizierte Ausdrucksweise dazu, Ansatzpunkte für inhaltliche Kritik zu verbergen und dadurch die Äußerung von Widerspruch zu erschweren. Gerne bemühen Manifestanten in ihrer Argumentation auch ein breites Spektrum unterschiedlicher Disziplinen, denen jeweils ein Ruf seriöser Unumstößlichkeit anhaftet. Manche drohen gar mit einer Konsequenz, die sie bei fortwirkender Missachtung ihrer Standpunkte zu ergreifen gedenken. Durch konkrete Alltagsbezüge, die vor unmittelbar bevorstehenden Gefahren warnen oder durch geläufige Stereotype Angst schüren, direkte Betroffenheit zu erzeugen, gehört ebenfalls zum taktischen Repertoire vieler Manifest-Verfasser.

Was die personelle Zusammensetzung hinsichtlich der Erfolgsaussichten eines Manifests anbelangt, lässt sich keine allgemein gültige Aussage treffen. Nur dies kann man hinsichtlich der betrachteten Beispiele vermuten: In der Tat haben Manifestantenschaften gehörigen Einfluss auf die Wirkung ihres Werks. So können Manifestanten beispielsweise Erfolg haben, wenn sie bei einer wichtigen Klientel habituell bzw. sozialtypologisch anklingen, d.h. denselben Duktus verwenden, dieselbe Kleidung tragen, ein mindestens ebenbürtiges Bildungsniveau vorweisen, mit ähnlichen Politikinhalten sympathisieren, soziokulturelle (Vor-)Urteile teilen – und so weiter. Hans-Peter Dürr und seine Ko-Manifestanten waren beispielsweise authentische Pazifisten. Und die Frauen und Männer des Neuen Forums waren politisch glaubwürdige Veteranen der SED-Opposition.

Genauso lässt sich jedoch sagen: Manifestanten dürfen weltanschaulich nicht allzu stark mit dem Inhalt konvergieren; eine übertriebene Übereinstimmung von ideologischer Einstellung der Manifestanten mit den politischen Forderungen und Positionen des Manifests kann auch die Reichweite begrenzen. Es sind dann die „üblichen Verdächtigen“, die ein Manifest formulieren und von denen man auch keine gegenläufigen Politikansätze erwartet hat. Außergewöhnliches Interesse erheischen Manifeste jedoch erst, wenn sie von Personen verfasst werden, die für den Inhalt eher untypisch sind. Die „Göttinger Achtzehn“ zum Beispiel waren habituell bildungsbürgerlich situierte Professoren, von denen die meisten vermutlich der CDU nahestanden. Ihr Manifest aber bedeutete einen Angriff auf den politischen Kurs der Unionsregierung, ihre Forderungen entsprachen tendenziell denen der Sozialdemokraten. Die 93 Unterzeichner des Aufrufs „An die Kulturwelt“ waren demgegenüber in der Mehrzahl patriotische Angehörige der deutschen Elite, die im Ausland das militärische Vorgehen ihres Vaterlandes zu rechtfertigen suchten – ihre Glaubwürdigkeit war gering, ihre Einstellung erwartungsgemäß, ihre Unabhängigkeit kaum vorhanden, ihr Profil geradezu prototypisch für die postulierten Forderungen. Während man von den „93“ als logisch parteiübergreifender Interessenformation gar nichts anderes erwartet hatte, waren die „Achtzehn“ mit einem durchaus überraschenden

Vorstoß an die Öffentlichkeit getreten, handelten sie überraschend diskrepant zu ihrer vermuteten politischen Vorliebe und erreichten gerade deshalb eine „authentische“ Wirkung.

Von authentisch bis artifiziell: zur Bedeutung der Manifestanten

Auch die Zusammensetzung einer Manifestantengruppe ist also für die Manifest-Wirkung nicht unerheblich. Wie allerdings eine Manifestantenschaft aussehen sollte, lässt sich nicht pauschal beantworten. Heterogenität ist nur dann sinnvoll, wenn die Manifestanten nicht als glaubwürdige Experten für ein Spezialgebiet in Erscheinung treten, für ihre politischen Statements nicht mit Sachverstand, sondern mit Lebenserfahrung und ihrem Intellekt allgemein einstehen. Dann kann die Mannigfaltigkeit von Zugehörigen verschiedenster Metiers das Vertrauen in das Manifest erhöhen. Ansonsten zwingt Meinungsvielfalt zum Kompromiss, vermindert rhetorische und programmatische Entschlossenheit, verhindert damit zugespitzte Positionen, wo eine klare und einheitliche Meinung gefragt wäre. Manifestantenschaften, denen man die gesteuerte Auswahl ihrer Mitglieder anmerkt, laufen hingegen Gefahr, auf Kosten ihrer Authentizität als künstliche Gebilde zu erscheinen.

Für andere wiederum kann Homogenität ein Signum allzu großer weltanschaulicher Einheitlichkeit sein, kann sie als Ansammlung notorischer Protagonisten bestimmter Haltungen und Wertevorstellungen ausweisen, die lediglich Klischees bestätigen und als politisch befangen gelten. Abgebrühte Politiker können die Manifestanten dann schnell als Agentur einer bestimmten Ideologie diskreditieren oder sie des politischen Dilettantismus überführen. Manifestanten sind folglich ein wichtiger Faktor, der jedoch erst im Zusammenspiel mit weiteren seine Wirkung entfaltet. Mit anderen Worten: Kein Manifest ist allein leistungsfähig genug, um ohne ein günstiges Umfeld Erfolg haben zu können.

Erfolg durch die glaubwürdige Rechtfertigung: Manifeste und ihre Legitimationsnöte

Förderlich wirkt sich zudem die Apologie der politischen Tat aus, als Staatsbürger einen verantwortungsbewussten Eingriff in die Politik vorgenommen zu haben. Sobald Manifestanten in Legitimationsnot geraten, können sie sich als von Verantwortung und Gewissen Getriebene inszenieren, was einer moralisch unanfechtbaren, gegen beinahe jede Kritik immunen Begründung gleichkommt – einem „Sachzwang“ ähnelnd, der zu unüblichem Vorgehen berechtigt und keine Widerrede toleriert.

Manifestanten rechtfertigen ihre politische Intervention deshalb nicht zufällig damit, in moralisch begrüßenswerter Weise Verantwortung gegenüber der Gesellschaft wahrzunehmen. Der Verweis auf eine allgemein gültige, von niemandem bezweifelbare Norm feilt sie vor Kritik – solange er nur

glaubhaft genug vorgetragen wird. Im Falle der EKD geschah dies beispielsweise mit der Rückschau auf das Verhalten während des „Dritten Reichs“, in dessen Zeitverlauf man jeweils moralisch versagt habe und nun zu umso stärkerer Verantwortung verpflichtet zu sein. Die öffentlich bekundete Absicht, sich in einem historischen Kontext rehabilitieren zu wollen, war in der jungen Bonner Republik aus normativer Sicht löblich und konnte daher kaum kritisiert werden. Auch die Absicht, eine unwissende Bevölkerung vor den fatalen Entscheidungen ihrer Regierung zu bewahren, gehört zu den populären Beweggründen, die Manifestanten für ihr Verhalten anführen. Der Glaube an einen nonkonformistischen, ja altruistischen Dienst an der Gesellschaft fungierte mitunter als Beweggrund ihres politischen Handelns. Im offiziellen Selbstverständnis agieren die Manifestanten in solchen Fällen als couragierte Intellektuelle, die sich aufgrund ihrer privilegierten Kenntnis zu einer akuten Entwicklung regelrecht zum Eingriff genötigt sehen. Die Betonung lauterer Absichten, einer ihnen ethisch auferlegten Gelehrtenpflicht nachzukommen, ist zum Beispiel eine klassische Legitimationsressource universitärer Manifestanten. Parteien werden oft wahltaktische Motive unterstellt, wohingegen Wissenschaftlern eine rationale und sachdienliche Denkweise zugestanden wird, wie das Beispiel des „Tübinger Memorandums“ bzw. der „Ostdenkschrift“ zeigt.

Einen Legitimationsbonus erhält das Manifest überdies, wenn sein Thema mit der Profession seiner Unterzeichner übereinstimmt. Die an Experten gerichtete Erwartung, im Notfall aufklärerisch tätig zu werden, ist für Manifestanten ein hervorragendes Motiv, schlüssig zu erklären, weshalb sie sich außerhalb ihres unmittelbaren Berufsumfelds einschalten und ihr Wissen kundtun. Solchermaßen situierte Manifestanten haben es leicht: Einerseits gewinnen sie aus ihrem akademisch zertifizierten Sachverstand fachliche Autorität, die sie zum kompetenten Einspruch befähigt und auch anhält; andererseits autorisiert sie ihre Rollenselbstdefinition als verantwortungsbewusste Staatsbürger,⁹ die im Einklang mit Moral und Norm gegen ein ihrer Ansicht nach fahrlässiges Verhalten aufbegehren oder unerträgliche Missstände anprangern. Natürlich sind solche Manifestanten mitunter einer Hybris erlegen: Aus dem Bewusstsein, intellektuelle Erkenntnis erlangt zu haben, die man selbst als zweifelsfrei zutreffend und nützlich erachtet, sich somit im exklusiven Besitz von besserem Wissen wähnt, leitet sich hier das Recht ab, ohne demokratische Berechtigung durch Wahlämter Politik über die Maßen beeinflussen und bestimmen zu dürfen. Manifeste sind dann häufig Ergebnisse technokratischen Denkens. Nicht der Erwerb von Macht und Besitz, sondern der Dienst an der „Sache“ stehen vorgeblich im Vordergrund. Darin drückt sich letztlich auch eine zivilgesellschaftliche Grund-

9 Vgl. hierzu Seubert, Sandra: Bürgermut und Bürgertugend. Verantwortung und Verpflichtung in der modernen Demokratie, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 10 (2000) H. 3, S. 1015-1032, hier S. 1021.

skepsis aus, nach der Politiker zu „besten“ Entscheidungen aufgrund politischen Kalküls strukturell unfähig seien.

Die Manifestanten: Last oder Stütze?

Die Bedeutungslosigkeit eines Manifests als politische Aktion kann zudem durch die Bedeutungsschwere seiner Manifestanten aufgewogen werden. Die namentliche Signatur von Manifesten hat sich hierfür in den Untersuchungen als wichtig erwiesen. Denn um in Erinnerung zu bleiben, immer wieder in Darstellungen zur Geschichte erwähnt zu werden, ist die fortbestehende Prominenz der Manifestanten eine wichtige Voraussetzung. Kaum jemand würde sich an den zeitgenössisch wenig beachteten Aufruf zur Fürstenteignung aus dem Jahr 1926 erinnern, wären nicht seine Unterzeichner Albert Einstein, Käthe Kollwitz und Kurt Tucholsky auch heute noch herausragende Figuren; und der Hessische Landbote wäre wohl ohne die spätere Bedeutung Georg Büchners unwiederbringlich der Vergessenheit anheimgefallen und würde sich allenfalls in einem Kompendium der 1000 Flugschriften des frühen 19. Jahrhunderts aufspüren lassen.

Ganz oft stellt sich der Nimbus politischer Manifeste häufig erst historisch ein. Dann entfalten sie ihre Wirkung zwar erst zeitversetzt, sind aber durch den Gewinn geschichtlicher Bedeutung dennoch erfolgreich. Wenn Manifeste zeitgenössisch bedeutungslos sind, muss dies keineswegs ihr gänzliches Scheitern bedeuten. Dem lange währenden Reifeprozess eines exquisiten Whiskys gleich entfalten sie dann ihre ideelle Kraft erst geschichtlich im Verlauf mehrerer Jahrzehnte – durch politische und gesellschaftliche Entwicklungen, die es inhaltlich antizipiert hatte, oder durch die verspätete Prominenz ihrer Unterzeichner, die es in anderem Umfeld aktualisiert und wirkungsmächtig werden lässt.

Manifeste stehen – jedenfalls im Hinblick auf ihre historische Bedeutung – erheblich in der Abhängigkeit vom Interesse der Nachwelt. Manifestanten können sich dabei als Bürde wie Glücksfälle herausstellen. Je nachdem, ob die Nachwelt den jeweiligen Manifestanten zur ideologischen Untermauerung eigener Integrität als Heldenfigur verehrt oder ihn als Angehörigen einer gegnerischen Seite diffamiert. Als Beispiel dienen die „Volksfront“-Aktivisten, die in der Blockkonfrontation des Kalten Kriegs je nach Staatsbürgerschaft entweder als heroische Kämpfer gegen den Faschismus gefeiert oder als sowjetische Kommunisten denunziert wurden. Kurzum: Die Reputation der Beteiligten färbt auf das Manifest ab – im Positiven wie im Negativen.

Ferner können Manifestanten zum Nachteil ihrer öffentlichen Wirkungsmacht die Distanz zum Bürger vergrößern. Diese bevölkerungsferne Elitendistanz kann sich in zweierlei Hinsicht ereignen. Erstens sind manche Manifeste inhaltlich und stilistisch generationell verengt. Dadurch kann ihnen die Ansprache von Menschen misslingen, denen eine abweichende So-

zialisierung, eine anderweitige Politisierung zuteilgeworden ist, die einen anderen Blickwinkel einnehmen, kurz: die einer anderen Kohorte angehören.

Zweitens leiden Manifest-Texte aufgrund inhaltlicher und rhetorischer Exklusion häufig an einer unzulänglichen Basisorientierung. Bewusst oder unbeabsichtigt adressieren sie mit ihrem Manifest sprachlich und gedanklich einen intellektuell und bildungsmäßig bevorrechtigten Kreis, sind für Uninformierte und Laien unverständlich – kaum jemand weiß dann mit ihnen etwas anzufangen. Oftmals problematisieren sie Dinge, welche an den Alltagsinteressen des gemeinen Bürgers – in den 1950er Jahren hätte man gesagt: am „deutschen Michel“ – teilweise völlig vorbeigehen. Dies nicht zuletzt, weil sie ihrer Zeit häufig voraus sind. Die Urheber der „Erfurter Erklärung“ beispielsweise machten sich zu einem noch bevorstehenden Zustand Gedanken, ohne damit seinerzeit einen sozialen Proteststurm entfacht zu haben.

Das Potenzial, in aller Munde zu sein, besitzen vor allem jene Manifeste, die Themen ansprechen und Forderungen aufstellen, die ohnehin schon seit Längerem in den Köpfen der Bürger schwelen und von denen die Medienmacher annehmen, dass sie ein großes Publikum interessieren könnten. Latentes wird häufig nur manifest, wenn die Zeit dafür bereits reif ist. Dies mindert die Fähigkeit politischer Manifeste, auf Probleme aufmerksam zu machen, bevor diese in ein akutes und drastisches Stadium treten.

Gestrenge Türsteher an der Pforte zur Öffentlichkeit: zur Bedeutung der Medien

Wenig überraschend hat sich die Reaktion der Medien für den öffentlichen Erfolg politischer Manifeste als unerlässlich erwiesen. Medien transportieren Manifeste – in den meisten Fällen jedenfalls – in die Öffentlichkeit; sie sind Spediteure politischer Meinung und daher für den – insbesondere politischen – Manifest-Erfolg schwer entbehrlich. Durch sie „lässt sich die Zahl der in der öffentlichen Kommunikation zugelassenen Probleme gut kontrollieren“¹⁰. Damit die Medien Manifesten den heißbegehrten Öffentlichkeitszutritt gewähren, müssen diese einen hohen Nachrichtenwert aufweisen.

Manifeste sind somit regelrechte Geiseln der Medien: Die Wirkung politischer Manifeste bestimmt sich nicht direkt über den Inhalt, sondern wird indirekt durch die vermittelnden Medien entschieden. Ganz eindeutig stehen Manifeste in der Abhängigkeit der medialen Gunst von „gatekeepern“, die sich jedoch durch die Höhe des Nachrichtenwerts „korrumpieren“ lassen. Ohne eine ausreichende Medienkompatibilität durch die thematische Brisanz ihres Inhalts oder die Attraktivität ihrer Urheber befinden sich Manifeste somit in einer desolaten Ausgangsposition. Der zivilgesellschaftliche

10 Fangmann, Helmut: Beobachtungen über die Konstruktion von Politik. Warum Politik erfolgsorientiert kommunizieren, aber nicht problemorientiert handeln kann, in: Merkur, Jg. 63 (2009) H. 3, S. 191-201, hier S. 195.

Gewinn, der von politischen Manifesten ausgeht, ist damit höchst voraussetzungs- und gewinnvoll.

Hinzu kommen die ganz erhebliche Zeitgeist- und Systemgebundenheit, die gerade anzutreffende Kritikempfindlichkeit und Zäsurbereitschaft der Bevölkerung. Hätte zur Zeit des Heidelberger Manifests in Politik und Gesellschaft ob des Zuwanderungstrends keinerlei Besorgnis bestanden, so wären die Aussagen des Manifests wohl unerheblich gewesen und bloß auf geringes Interesse gestoßen. Und ohne den politischen Erfolg von Lenin und Stalin, die sich zur Indoktrination ihrer Anhänger der marxistischen Philosophie bedienten, wäre das Manifest aus der Feder Karl Marx' und Friedrich Engels wohl niemals eigenmächtig zur Pflichtlektüre an staatlichen Bildungsstätten geworden.

Im Übrigen sollten Manifestanten im Hinblick auf ihre Zielgruppe tunlichst darauf achten, auf dort stigmatisierte Vokabeln zu verzichten. Die Protagonisten des Neuen Forums taten im Wendeklima 1989 beispielsweise gut daran, nicht mehr von den Segnungen des „Sozialismus zu sprechen“. Gleichfalls können die Leser eines Manifests mitunter sehr empfindlich sein. Der Tonfall wiegt dann schnell schwerer als der Inhalt. Manchmal ruft er Ablehnung hervor, obwohl er für Zuneigung sorgen sollte. Ein aggressiver Duktus kann für ein defensives Anliegen ebenso unangemessen sein wie ein apodiktischer für den Anspruch, einen Dialog führen zu wollen.

Überdies kann einerseits eine Inflation von Manifesten eine überbordende Meinungsvielfalt im öffentlichen Wettbewerb um die begrenzte Aufmerksamkeit der Bürger bedeuten; andererseits aktualisieren andere Publikationen das Manifest und verleihen ihm damit zusätzliche Bedeutsamkeit. Allgemein leiden Manifeste aber unter der Ereigniskonkurrenz durch Geschehnisse, die das Manifest-Thema Bedeutung kosten. Die Schnelllebigkeit der medialen Berichterstattung und Diskussion ist für Manifeste und ihre Anliegen pures Gift.

Darin spiegelt sich eine pathologische Eigenschaft des Journalismus wider: Medien sollen Staatsbürger mit Informationen versorgen, ihnen demokratische Kompetenz für den Wahlurnengang vermitteln. Manifeste können eine wertvolle Quelle solchen Wissens sein. Doch ist ihre Medienkompatibilität oftmals gering; eher selten überwinden sie die Hürde medialer Türsteher. Manifeste zeigen, dass die Medien ihrem demokratischen Auftrag nicht immer nachkommen. Nur in Ausnahmefällen finden sie auch die Beachtung, die ihnen eigentlich gebührt. Die sensationslogische Funktionsweise von Medien schwächt die Verharrungskraft von Manifesten im öffentlichen Diskurs und somit auch in der politischen Debatte.

Manifestanten delegieren ihre persönlichen Ressourcen – Prominenz, Renommee, persönlicher Kontakt zu Multiplikatoren sowie durch Titel oder Ämter bezeugtes Expertenwissen – an ihr Manifest. In vielen Fällen erhöhen sie dadurch dessen mediale Attraktivität. Mit ihrem biographischen Hintergrund können sie beim Publikum sowohl Abneigung als auch Wohlwollen hervorrufen.

RATGEBER ODER GEFÄNGNISINSASSEN: DIE KONSEQUENZEN FÜR MANIFESTANTEN

Die Kernfrage dieses Bandes kreist um die Wirkung politischer Manifeste. Diese lässt sich freilich auf unterschiedliche Kategorien beziehen: auf die Manifestanten, die Politik, die (Zivil-)Gesellschaft. Manifeste sind Karrierevehikel, sie bescheren ihren Urhebern Ruhm, Anerkennung, Bewunderung, Bedeutung, manchmal stoßen sie sogar die Pforten zu ganz unerwarteten Tätigkeiten auf. Ebenso gehen von ihnen Karriererisiken aus, tilgen sie Renommee, verursachen biographische Stigmata oder sind sogar lebensbedrohlich. Manifeste können für ihre Urheber dem zufolge sowohl zum biographischen Bonus als auch Malus geraten.

Einerseits sind sie ideale Laufbahnbeschleuniger – halten sie doch die Chance auf Statusaufwertung bereit. Sie gewähren Aufstieg zu gefragten Ratgebern, begehrten Gesprächspartnern, lexikalischen Einträgen, bisweilen gar mythischen Ikonen, zu denen man ehrfürchtig aufblickt. Indem sie Heldenmythen schaffen, zeitigen sie einen hagiographischen Effekt. Die Vita zahlreicher Manifestanten wurde durch die Teilnahme an einer Manifest-Aktion moralisch veredelt – den in diesem Band nicht behandelten „Göttinger Sieben“ wurde in Hannover ein Denkmal gesetzt, in Göttingen der zentrale Campus der Georg-August-Universität nach ihnen benannt. Manifestanten können ihre Frequentierung durch Gesellschaft und Politik erhöhen, d.h. sie bieten die Chance, dass auf sie als Inspirations- oder Legitimationsquelle zurückgegriffen wird. Mit der Beteiligung an Manifesten können Personen ihre zeitgenössische und geschichtliche Bedeutung aufladen. Manifestanten können ihren Bezugsgruppen gegenüber Loyalität und Aktionismus nachweisen, sich selbst Erfolgserlebnisse verschaffen und ihrer zivilgesellschaftlichen Kompetenz vergewissern. Ebenso dokumentieren sie konspirative Publikation, die Existenz eines lebendigen Widerstands, liefern den Nachweis für moralisch überlegenes Verhalten. Einer Manifestantenschaft anzugehören, kann unter bestimmten Voraussetzungen eine Trophäe sein – und sei es mit posthumem Ruhm. Der habilitierte Zoologe Julius Schaxel beispielsweise war zu Zeiten der Weimarer Republik an seiner Arbeitsstelle, der Jenaer Universität, in der Professorenschaft als marxistischer Dissident isoliert. Doch in der DDR würdigte man ihn als einen Vorkämpfer für ein Deutschland, in dem „die Wissenschaft von allen Fesseln befreit und in dem alle Unterrichtsanstalten in freiheitlichem und modernem Geist neu aufgebaut werden sollten“¹¹.

Manifeste wirken gewissermaßen bewusstseinsweiternd; sie machen unentdeckte Probleme sichtbar und auf bislang verborgene Zusammenhänge

11 Schaxel hatte sich Mitte der 1920er Jahre für die Enteignung der Fürsten eingesetzt; Fricke, Dieter: Julius Schaxel. 1887-1943. Leben und Kampf eines marxistischen Deutschen Naturwissenschaftlers und Hochschullehrers, Jena 1964, S. 52.

und außerhalb des alltäglichen Blickfelds liegende Zustände aufmerksam. Im Marketingjargon gibt es den Begriff der „Insights“. Er beschreibt „Erkenntnisse über oft nicht gänzlich bewusste, aber für viele Zeitgenossen zentrale und grundlegende Lebensaspekte; zum Beispiel bedeutsame Wünsche, Sehnsüchte und Bedürfnisse, aber auch Konflikte. Gelingt es, Konsumenten mit solchen Themen anzusprechen und dabei attraktive Produktlösungen anzubieten, gilt ein Markterfolg als wahrscheinlicher.“¹² Auch Manifeste können einen solchen „Insights“-Charakter aufweisen und Manifestanten Meinungsmarkterfolg beschern. Ob Büchner, die „Göttinger Achtzehn“ oder die „Krefelder“: Sie alle griffen wichtige, aber zum Teil bloß unterschwellig präse Themen auf, die sie in der Öffentlichkeit manifestierten und damit auf den Meinungsmarkt treten ließen.

Andererseits stellen Manifeste für ihre Unterzeichner auch ein erhebliches Risiko dar. Manifestanten können ideologisch vereinnahmt werden – entweder instrumentalisiert man sie als vorbildliche Märtyrer oder aber difamiert sie als abschreckende Verräter. Diese ideologische Indienstnahme kann man bei René Robert Kuczynski oder Lion Feuchtwanger beobachten: Mit ihrer Entscheidung zur Teilnahme an politischen Manifest-Aktionen bestimmten sie ihre geschichtliche Rezeption in der Zukunft. Der eine wurde als heroischer Kämpfer für die reaktionär unterdrückte Arbeiterklasse in der DDR gefeiert, der andere als Linksextremist geächtet; beide fielen jedoch ohne ihr unmittelbares Zutun, lediglich durch die Wahl ihres Aufenthaltsraums einer ideologischen Vereinnahmung des jeweiligen Systems anheim.

UNKONVENTIONELLE POLITIKTEILHABE: ZUR ZIVILGESELLSCHAFTLICHEN WIRKUNG

Politische Manifeste können diverse Funktionen für die Zivilgesellschaft und demokratische Teilhabe erfüllen.¹³ Im Folgenden soll auf diese zum Teil demokratischen Beiträge, aber auch auf die möglichen Schwachstellen des politischen Manifestierens als Partizipationsform eingegangen werden.

Elitenrekrutierung

Da wäre zunächst die Rekrutierung von Personal für den politischen Prozess auf höchster Ebene. Häufig leisten Manifeste die Politisierung von Unpolitischen oder politisch „Stillen“. Aus Manifestantenschaften lässt sich – zumindest potenziell – politisches Personal für Parteien, Parlamente und Re-

12 Lönneker, Jens: Die Verknappung der Zeit. Vom Konsumieren in neuen Zeitrhythmen, in: Berliner Debatte Initial, Jg. 20 (2009) H. 1, S. 4-9, hier S. 4.

13 Die hier behandelten Manifestanten wurden normativ neutral, allein in ihrer Rolle als Akteure jenseits hauptberuflicher und konventioneller Politik untersucht.

gierungen rekrutieren. Häufig manifestieren nämlich insbesondere jene Eli-teangehörigen, die den Parteien und damit der „konventionellen“ Politik- und Parteilandsphäre bisher bewusst ferngeblieben sind. Manifestanten operieren folglich an der Schwelle zur professionellen Politik, manche von ihnen – man denke an die Aktivisten des Neuen Forums – fassen dabei mithin den Entschluss zu einem dauerhaften Engagement; anderen bieten Parteien politische Positionen an, um die vormaligen Abweichler einzubinden. Des Öfteren haben sich Manifestantengruppen sozusagen als Lieferanten für Parteipersonal herausgestellt – so im Falle des Neuen Forums oder der Erfurter Erklärung.

Schulen der Demokratie und produktive Elitenzusammenkunft

Damit sich Manifestanten, die untereinander nicht selten weltanschaulich, habituell oder altersmäßig heterogen sind, irgendwann einmal auf einen gemeinsamen Text zur Veröffentlichung einigen, ist eine enorme Integrations- und Konsensfindungsleistung notwendig. In manchen Fällen werden dabei auch demokratische Techniken eingeübt, Einigkeit durch Kompromiss zu erzielen, wird Organisationserfahrung gewonnen und Verständnis für die Funktionsweise von Politik und demokratischer Verfahren erlangt. Im Rahmen eines Manifests können Repräsentanten verschiedener politischer Couleur außerdem symbolträchtig Zusammenarbeit exerzieren, die anschließend als Vorbild für Bündnisse in der Politik dienen kann. Und auch die Manifestanten selbst können – sofern sie später in die professionelle Politik wechseln – das Erlernte anwenden.

In Manifestantenschaften vollzieht sich überdies eine produktive Elitenzusammenkunft. Manifeste bringen ungleiche Sozialtypen zusammen und kombinieren interdisziplinären Verstand. Die gemeinsame Arbeit und das kollektive Zusammenwirken in einer Manifestantenschaft können Klüfte, die sich durch Beruf, Generation oder Habitus auftun, überbrücken und unterschiedliche Herkunftsorte und Denkstile verknüpfen. Bei manchen Manifest-Aktionen findet daher bereits innerhalb der Manifestantenschaft eine Art von interkulturellem Austausch statt.

Elixier der Zivilgesellschaft

Von Manifesten kann ein Belebungs-effekt für die Zivilgesellschaft ausgehen. Als ein fertiges Produkt zivilgesellschaftlicher Arbeit können sie selbst Skeptikern den Eindruck vermitteln, dass sich politische Partizipation lohnen und in der Tat Ergebnisse hervorbringen kann. Den nationalsozialistisch vertriebenen und geflohenen „Volksfront“-Aktivisten, die unfreiwillig jäh aus ihren ursprünglichen Lebenszusammenhängen gerissen worden waren, stifteten sie darüber hinaus Sinn und nicht zuletzt ein wenig Zuversicht. Denn eine Manifest-Aktion kann ein schlagendes Erfolgsexempel, ein moti-

vierendes Erlebnis sein. In manchen Fällen ermutigen Manifeste „verbrauche“ Zivilgesellschaftler, indem sie einen erfrischenden Kontrapunkt zu kontinuierlicher Frustration setzen. Jede noch so trostlose Zivilgesellschaftervita, jedes noch so vergebliche Renegatentum kann durch die Beteiligung an einem Manifest aufgehellt werden. Selbst wenn die Entscheidungen der politischen Elite nicht den Absichten der Manifestanten entsprechen, Ratschläge nicht befolgt und Versuche der öffentlichen Aufklärung für die vorgelieblichen Delinquenten aus der Politik oft konsequenzlos bleiben: Zumindest bedeuten Manifeste politische Partizipation. Obendrein beleben sie insgesamt die Zivilgesellschaft, flößen dieser Selbstbewusstsein ein, ermuntern und – sofern sie auf die Resonanz der Öffentlichkeit stoßen – legitimieren neuerliche Aktivitäten. Nicht wenige Manifestanten werden erstmalig politisiert und beteiligen sich fortan an weiteren politischen Protestaktionen. Im Übrigen trainieren Manifeste zivilgesellschaftliche Reflexe: Das Manifest der Heidelberger Professoren etwa rief mit seinen xenophoben Stereotypen zahlreiche Protestnoten aus Universitäts-, Gewerkschafts- und Kirchenkreisen hervor, die den Nachweis zivilgesellschaftlicher Lebendigkeit erbrachten.

Manifeste als unkonventionelle und moderne Beteiligungsform

Apropos politische Partizipation: Manifeste sind ein Medium, mit dem sich vergleichsweise spontan und öffentlichkeitswirksam auf – möglicherweise bedrohliche – Herausforderungen der Gegenwart reagieren lässt. Sie bieten die Möglichkeit, Protest zu erheben, Aufklärung zu betreiben, Alternativen zu formulieren oder Unzufriedenheit zu artikulieren. In der Tat trugen Manifeste 1989 in der DDR zu einer neuen Qualität von Öffentlichkeit in einem bis dahin strikt reglementierten und zensierten System bei, qualifizierten sich damit als Medium von Gegenöffentlichkeit. Insoweit sind sie zumindest potenziell zivilgesellschaftliche Instrumente, die es – vor allem normalerweise politikfernen und -skeptischen – Bürgern erlauben, schnell, bequem und ohne die dauerhafte Bindung an eine politische Organisation an der Politik teilzunehmen. Sie bieten sich für diejenigen an, die sich von Parteien betrogen fühlen, von diesen keine angemessene Reaktion mehr erwarten oder mit ihnen aus Prinzip nichts zu tun haben wollen. Ihnen ist eine bemerkenswerte Ökonomie zu eigen: Sie bieten eine Gelegenheit, binnen kurzer Zeit durch den Druck einer oftmals erregten oder irritierten Öffentlichkeit politische Aufmerksamkeit zu erzwingen. Denn Manifestanten sind manchmal auch bequeme Leute, die ihr angestammtes Betätigungsfeld nicht verlassen, ihren beruflichen Status und ihre öffentliche Reputation ungern riskieren wollen. Manifeste aber empfehlen sich als Medium des politischen Quereinstiegs für den Moment, das für den flüchtigen Ausflug in die Politik den bevorzugten Status des Nichtpolitikers aufrechterhält – geeignet für prominente Leute, die Politik ausüben wollen, aber keine Lust auf die stra-

paziöse und zeitaufwändige Auseinandersetzung mit Parteien haben. Kurzum: Manifeste sind eine unkonventionelle Beteiligungsform der Politik. Dadurch erweitern sie das Spektrum an Möglichkeiten zu politischer Partizipation. Damit sie nicht ihren Reiz verlieren, weil sie sich in der Praxis als wirkungslos erweisen, sollte die Politik tunlichst darauf bedacht sein, politische Manifeste ernst zu nehmen und ihren Urhebern Respekt zu bezeugen. Allein ihrer mehrfachen Indikatorfunktion wegen, die sowohl Bürgerbelange als auch die Unzufriedenheit von Eliten anzeigen kann, Politikdefizite entlarvt oder vor bislang unerkannten Bedrohungen warnt, können auch Politiker von Manifesten als Informationsquelle profitieren.

Manifeste als Themen- und Debattenlieferanten

Ferner können Manifeste die Qualität öffentlicher Meinung verbessern, vor allem indem sie eine politische Debatte entfachen, strukturieren oder intensivieren. Sie platzieren Themen, unterstreichen deren Bedeutsamkeit und liefern Argumente für die zentralen politischen Debatten eines Landes. Manchmal etablieren sie in Form eines Tabubruchs eine längst überfällige, jedoch vormals verfeimte Diskussion. So erleichterte beispielsweise das Tübinger Memorandum, das eine ehemals undenkbar Anerkennung der „Oder-Neiße-Linie“ thematisierte, Willy Brandts und Egon Bahrs Ostpolitik des mantrahaften „Wandels durch Annäherung“. Manifeste können politische Akteure unter Legitimationsdruck setzen, diese zu Stellungnahmen, zur Überprüfung ihrer Positionen oder gar Veränderung ihres politischen Kurses zwingen. Sie motivieren zu politischer Debatte, beschleunigen Entscheidungsprozesse oder lassen diese überhaupt erst beginnen.

Zudem setzen Manifeste gleichermaßen Organisationen wie Institutionen unter Zugzwang, ihre Positionen zu schärfen, sich eine eigene Argumentation anzueignen und ihrerseits öffentlich in Erscheinung zu treten. Des Weiteren vertiefen und verstärken sie Meinungstendenzen beispielsweise durch die wissenschaftliche Autorität oder die lebensweltliche Authentizität ihrer Unterzeichner. Die Öffentlichkeit jedenfalls kann sich über Manifeste alternative, originelle und kritische Meinungen einholen, die Politik auswärtigen Sachverstand importieren. Auch strukturieren Manifeste Debatten, indem sie eine – vergleichsweise – klare Argumentation erzwingen, Informationen verdichten und so einen Überblick verschaffen. Hierdurch bauen sie Komplexität ab, erleichtern und befeuern die Diskussion. Sobald latent vorhandene Gegensätze durch ein Manifest publik werden, können diese im Rahmen eines kathartischen Konflikts in der Öffentlichkeit und schließlich im Parlament ausgetragen werden.

Gerade aktuell scheint ein hoher Bedarf an einem Angebot politischer Konzepte zu bestehen. Prominente Gesellschaftskritiker wie Jürgen Habermas diagnostizieren derzeit in der politischen Elite „eine normativ abgerüstete Generation, die sich von einer immer komplexer werdenden Gesellschaft einen kurzatmigen Umgang mit den von Tag zu Tag auftauchenden

Problemen aufdrängen lässt“ und „im Bewusstsein der schrumpfenden Handlungsspielräume auf Ziele und politische Gestaltungsabsichten“ verzichte, damit aber „den Versuch schuldig geblieben“ seien, die „öffentliche Meinung durch eine offensive Aufklärung politisch zu gestalten“. ¹⁴ Solche Momente sind günstig für Manifeste, da sie nach pointierter Alternativmeinung, einem Ausgleich zu den „schlappen politischen Eliten“ verlangen.

Manifeste als Diskurskulturgüter für eine mündige Öffentlichkeit

Indem Manifestanten die Öffentlichkeit für ihres Erachtens nach kritikwürdige Zustände sensibilisieren, eine frühzeitige Warnung vor schwerwiegenden Zukunftseignissen aussprechen, bewusstseinswandelnde Informationen verbreiten, betreiben sie nicht zuletzt Aufklärung, womit sie insbesondere den Medien zur Seite springen. „Einst hatte die öffentliche Meinung ihren Herrschaftsanspruch mit der Begründung gerechtfertigt, dass sie allein in der Lage sei, die Macht einer im Geheimen operierenden Staatsmaschine zu brechen.“ ¹⁵ Gerade aktuell gewinnt dieser Aspekt an Bedeutung. In jüngster Zeit haben sich kritische Stimmen gegen eine „Refeudalisierung der Öffentlichkeit“ erhoben, die eindringlich vor einer „Engführung des öffentlichen Diskurses“ warnen, „dessen Themen und Positionen von einer kleinen Elite aus Wissenschaft, Politik und Wirtschaft dominiert“ und fern von den Alltagsbefindlichkeiten der Bürger liegen würden. ¹⁶ Journalisten befänden sich derzeit in einer „Sinnkrise“, weil sie die von Politikern behauptete Alternativlosigkeit vieler Entscheidungen unhinterfragt akzeptierten, Ursachen und Konsequenzen gesellschaftlich wichtiger Ereignisse nicht penetrant und kritisch genug beleuchteten und in der beschleunigten wie digitalisierten Medienwelt viel zu schnell und ohne Rücksicht auf unterschiedliche Bedeutsamkeitsgrade die Themen wechselten. ¹⁷ Die Öffentlichkeit laufe akut Gefahr, „zu einer bloß noch repräsentativen Sphäre zu degenerieren, in der durch PR-Strategien und ‚Sprachregelungen‘ lediglich noch Akzeptanz für bereits anderswo gefallene Entscheidungen hergestellt werden soll“, die nicht mehr diskutiert, sondern nur noch akklamiert würden. Politische Manifeste haben im Verlauf der Geschichte ihr Potenzial bewiesen, zumindest ein heilsames Medikament gegen den Niedergang demokratischer Dis-

14 Hier und folgend Habermas, Jürgen: Wir brauchen Europa!, in: Die Zeit, 27.05.2010.

15 Fraenkel, Ernst: Deutschland und die westlichen Demokratien, Stuttgart u.a. 1973, S. 183.

16 Hier und im Folgenden Embacher, Serge: „Demokratie! Nein danke?“. Demokratieverdruss in Deutschland, Bonn 2009, S. 99.

17 Siehe Bruns, Tissy: Journalismus auf der Couch, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, (2010) H. 7-8, S. 33-36.

kurskultur, „documents of controversial times“¹⁸ zu sein. Damit kommen sie der Idee von öffentlicher Deliberation als Kernelement einer Demokratie¹⁹ sehr nahe.

Denn Manifeste bieten den politisch mündigen Bürgern argumentative Entscheidungshilfen für deren politische Meinung an. Mit neuen Gedanken, Alternativen und Themen inspirieren sie intellektuell den öffentlichen Kommunikationsraum, der sich hauptsächlich auf die Kommentarspalten und Feuilletons von Tages- und Wochenzeitungen erstreckt. Mit pointiert formulierten Gegenmeinungen und konträren Sichtweisen ziehen sie einen vermeintlichen Konsens der politischen Elite oder der öffentlichen Meinung in Zweifel, hinterfragen vorgebliche „Sachzwänge“ der Politik oder erregen schlicht öffentliche Aufmerksamkeit für ein zivilgesellschaftlich aufgegriffenes Anliegen. Davon kann demokratische Kultur profitieren – lebt sie doch vom öffentlichen Meinungswettbewerb, der Gegenvorschläge zu einer herrschenden Auffassung voraussetzt.²⁰ Als Träger polarisierender Meinung und expliziter Forderungen können Manifeste somit Defizite einer diskussionsarmen Politik bereinigen. Bleibt doch „eine vitale politische Kultur auf den Stachel des Konflikts angewiesen [...] weil nicht zuletzt Meinungsstreit und konkurrierende, aber konturierbare politische Konzepte anhaltend integrativ wirken“²¹. Ermangelt es den mündigen Bürgern jedoch an alternativen Vorschlägen, so drohen sie, die Leistungen des politischen Systems unhinterfragt, mithin passiv zu akzeptieren – „alternative bürgerschaftliche Initiativen müssen die Chance haben, das etablierte Parteiensystem zu bereichern“²². Zusammengefasst, fördern Manifeste eine mündige Öffentlichkeit und vollbringen demokratisierende Leistungen.

Damit unterstützen sie letztlich auch Politiker bei deren normativer Pflichterfüllung. „Denn zweifellos ist es eine wichtige Aufgabe politischer Repräsentanten, Themen und Meinungen in der Öffentlichkeit zu platzieren, die gerade nicht oder noch nicht im allgemeinen Bewusstsein angelangt sind.“²³ Da die erwähnten „politischen Repräsentanten“ aber nicht immer zuverlässig „Themen und Meinungen“ zur Sprache bringen, die noch unbekannt sind, bedürfen sie dringend zivilgesellschaftlicher Unterstützung – und eben auch: politischer Manifeste. Somit können Defizite der professio-

18 Raymond, Joad: Pamphlets and pamphleteering in early modern Britain, Cambridge 2003, S. 6.

19 Vgl. Habermas, Jürgen: Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats, Frankfurt am Main 2001.

20 Vgl. Abromeit, Heidrun: Gesellschaften ohne Alternativen. Zur Zukunftsfähigkeit kapitalistischer Demokratien, Working Paper des Instituts für Politikwissenschaft der Technischen Universität Darmstadt, Nr. 11/2007, S. 16-23.

21 Hacke, Jens: Die Bundesrepublik als Idee. Zur Legitimationsbedürftigkeit politischer Ordnung, Hamburg 2009, S. 118.

22 Ebd., S. 119.

23 Embacher 2009 (s. Anm. 16), S. 108.

nellen Politik – zum Beispiel eine ungenügende Parlamentsopposition – durch Manifestanten in ihrer Rolle als politische Amateure zivilgesellschaftlich ausgeglichen werden.

Kontrollfunktion im Rahmen einer kritischen Öffentlichkeit

Manifeste leisten folglich auch einen Beitrag zur Kontrolle der Politik durch eine kritische Öffentlichkeit. Niemand wird deren Wert bestreiten können, unterliegt die Regierung in demokratisch verfassten Systemen doch idealerweise der ständigen Begutachtung und schonungslosen Kritik eines wachsam und widerspruchsbereiten Publikums. Damit es in der parlamentarischen Demokratie „zu echten politischen Entscheidungen anlässlich der politischen Wahlen kommen kann, ist es unerlässlich, dass die Lösung und Alternativlösungen akuter ökonomischer, sozialer und politischer Probleme von tunlichst vielen Gruppen konzipiert, diskutiert und propagiert, von den Parteien zu einheitlichen Programmen kombiniert und von den Fraktionen so zugespitzt formuliert worden sind, dass sie bei der Wahl maßgeblich mit berücksichtigt werden können“.²⁴ Der bedenklichste Strukturfehler der Demokratie sei daher „in der Lethargie und Apathie, die sich in zunehmendem Maße innerhalb der Gruppen und Parteien geltend macht“²⁵, zu sehen. Manifeste können ein Instrument, auch ein Resultat, ja ein Zeichen dieser kontrollierenden Öffentlichkeit sein, können die Politik in Atem halten und sich rühmen, gegen politische Apathie anzutreten. Sie inspirieren die Politik regelrecht, machen auf dortige akute Unzulänglichkeiten aufmerksam und weisen Politikern den Weg zur Introspektion – animieren diese zu einer kritischen Hinterfragung ihres Handelns, zu einer womöglich überfälligen Selbstreflexion.

Legitimation für Politik in der Öffentlichkeit

Überdies bieten Manifeste für in der Öffentlichkeit ausgetragene Politik die Chance auf Legitimationsgewinn. Durch die politische Berücksichtigung zivilgesellschaftlicher Akteure – die Inklusion von anerkannten Experten und glaubwürdigen Nichtpolitikern mithin –, die unter den Bürgern Akzeptanz und Sympathie genießen, könnte sich Politik zusätzlichen Rückhalt verschaffen. Zumindest kurzfristig jubeln die politischen Kommentatoren ob des vielversprechenden Sachverständs, dem sich Politiker anvertrauen. Der leicht technokratische Verweis auf den Ratschlag von wissenschaftlichen, wirtschaftlichen, militärischen oder moralischen Autoritäten wirkt wenigstens im ersten Moment plausibel und gerechtfertigt.²⁶ Überdies können Poli-

24 Fraenkel 1973 (s. Anm. 15), S. 66.

25 Ebd., S. 67.

26 So stellt z.B. Hans-Peter Schwarz eine „objektivierte“ Autorität der Wissenschaft fest, die „heute weithin als jene höchste Instanz gilt, die einer Aussage

tiker, die sich gegenüber pointierter Kritik – wie sie von Manifesten formuliert wird – aufgeschlossen zeigen, ihre politische Handlungsfähigkeit und Urteilkraft unter Beweis stellen. Weil die Politik hiervon allerdings viel zu selten Gebrauch macht, verschenkt sie eine wertvolle Ressource, in der Öffentlichkeit Verständnis und Unterstützung für ihre Entscheidungen zu gewinnen.

Manifeste sind Dokumente zivilgesellschaftlicher Anliegen, die Interessen von Bürgergruppen vermitteln und bezeugen. Dies macht sie so geeignet für die Politik, die ihre Entscheidungen mit derlei Interessenszeugnissen legitimieren kann. Insbesondere gilt dies für die Gegenwart. Gerade aktuell herrscht eine für Politiker ziemlich ungemütliche Zeit. Im Hinblick auf ihr Handeln unterliegen sie durch öffentlichen Druck einem verstärkten Rechtfertigungszwang. Da trägt ihnen beispielsweise ein „schonungsloser Eigentest“ eine schlechte Zensur ein: „Kompetenz Fehlanzeige“. Da werden sie als eine Meute von „unfähigen Laien und Dilettanten“ ausgewiesen, als „Pseudo-Experten“ und „Um-jeden-Preis-Karrieristen“ angeprangert, die mit ihren „Lügen und falschen Versprechungen“ die Bürger „die Zeche“ zahlen ließen. Gerade in solchen Situationen könnte sich die politische Elite mit dem Rückgriff auf zivilgesellschaftliche – des Karrierismus und der Inkompetenz unverdächtiger – Akteure eine Imagepolitur verschaffen.²⁷ Auf Manifeste politischer „Amateure“ einzugehen, birgt somit auch für politische Profis vielfältige Vorteile.

Medium gewaltlosen Protests

Manifeste kanalisieren und pazifizieren Protest. Sie bieten ihren Urheber*innen ein gewaltloses Ventil, um in einer scheinbar weltanschaulich gleichmacherischen und politisch monotonen Umgebung intellektuelle Dissidenz spektakulär zu formulieren, zugleich aber deren separatistische und revolutionäre Energien in Form einer zunächst harmlosen Schrift zu bändigen. Durch den Transport gegenwartskritischer Postulate in den öffentlichen Diskurs erreichen Manifeste, dass mitunter gesellschaftszersetzende Meinungen ihrer Sprengkraft beraubt und sie systemverträglich integriert werden – üben sie,

den Stempel der Legitimität aufzuprägen vermag“; Schwarz, Hans-Peter: Probleme der Kooperation von Politikwissenschaft und Soziologie in Westdeutschland, in: Oberndörfer, Dieter (Hg.): Wissenschaftliche Politik. Eine Einführung in Grundfragen ihrer Tradition und Theorie, Freiburg im Breisgau 1962, S. 297–333, hier S. 330 f.

27 Siehe hierzu beispielhaft Henkel, Hans-Olaf: Die Abwracker. Wie Zocker und Politiker unsere Zukunft verspielen, München 2009; Wemhoff, Clemens: Melkvieh Mittelschicht. Wie die Politik die Bürger plündert, München 2009; Wiczeorek, Thomas: Die Dilettanten. Wie unfähig unsere Politiker wirklich sind, München 2009; ders.: Die Stümper. Über die Unfähigkeit unserer Politiker, München 2005.

wenn überhaupt, doch bloß verbale Gewalttätigkeit aus. Damit sind sie ein im engeren Wortsinne typisches Element der Zivilgesellschaft.²⁸

Öffnung von Fach- und Wissenswelten

Manifeste öffnen Metiers. Das heißt sie verknüpfen unterschiedliche Diskursgemeinschaften und Wissensräume, arrangieren damit den Erkenntnis- und Erfahrungstransfer. Einige Manifeste haben die Eignung dieses Mediums bewiesen, die Hermetik fachelitärer Bereiche aufzubrechen, Politiker, Bürger und Medienmacher an entlegene Interpretationsorte zu entführen, deren ansonsten kaum bemerkte Denkleistungen einer größeren Öffentlichkeit zugänglich zu machen, als dies deren gewöhnlich genutzte Medien wie etwa teure und esoterisch anmutende Fachzeitschriften vermögen. Schließlich kommen viele Manifeste nicht im Gewande kryptischer Forschungsanalysen daher. Die Eliten bestimmter Bereiche können mit Manifesten außerhalb von Fachzirkeln geistig verkehren, in eine größere Öffentlichkeit vordringen, die von ihnen häufig wenig Notiz nehmen würde. Darin ähneln politische Manifeste ihren künstlerischen Pendanten, welche dazu befähigten, „die Grenzen, innerhalb derer Kunst traditionell stattfindet, in mehreren Hinsichten zu überschreiten“.²⁹

Manifest-Texte resultieren daher oft aus intensiven Vorarbeiten ihrer Verfasser. Sie entspringen meist keiner spontanen Eingabe, sondern fußen auf langwierig ausgereiften Gedanken und Konzepten. Dabei bündeln und verdichten sie das intellektuelle Schaffenswerk und komplexe Gedankengänge kompakt in einer einzigen Schrift, vereinfachen auf diese Weise durch vieljährige Publikationsleistung für die Öffentlichkeit nahezu unüberschaubar gewordenen Wissen und machen es schnell zugänglich. Dadurch erzwingen Manifeste eine pointierte und präzisierte Artikulation und tragen zur Öffnung gesellschaftlicher Teilbereiche – insbesondere der Wissenschaft – bei.

Manifeste können für die Öffentlichkeit eine ergiebige Informationsquelle sein, um Kenntnisse über Befindlichkeiten sowie Vorstellungen von einer besseren Politik und Gesellschaft zu gewinnen. Insbesondere Angehörige der Wissenschaft, Künstler- oder Intellektuellenszene – und damit auch deren Inspirationskraft – scheinen der bundesdeutschen Parteiendemokratie im Jahr 2010 zu fehlen. Nicht zufällig waren es die Hochzeiten der Parteien in den 1970er Jahren, in denen diese durch mutige und konfliktbereite Vordenker aufmerksam Entwicklungen antizipierten und durch einen gepflegten Kontakt nach unten bzw. in die Bevölkerung fleißig Impulse sammelten und Stimmungslagen registrierten. Der Verlust an Vordenkern sowie

28 Vgl. Heins, Volker: Das Andere der Zivilgesellschaft. Zur Archäologie eines Begriffs, Bielefeld 2005.

29 Eisenhuber, Günther: Manifeste des Dadaismus. Analysen zu Programmatik, Form und Inhalt, Berlin 2006, S. 167.

eine im Zuge von erodierten Milieus und pluralisierten Lebensweisen fortgeschrittene Entkopplung von Basis bzw. Bevölkerung und den Parteien bedürfen aktuell eines Ausgleichs, zu dem politische Manifeste beitragen können – sofern sie von der professionellen Politik berücksichtigt werden.

Manifeste als Fixsterne öffentlicher Debatte und sensible Seismographen

Zudem besitzen Manifeste eine Referenzfunktion. Sie etablieren Einstellungen und Werte, verleihen bestimmten Ansichten den Anschein von Seriosität – indem sie beispielsweise ermöglichen, sich auf das Urteil belehener Professoren zu berufen. Damit können sie ideologischer Bezugspunkt politischer Systeme oder Gruppen sein – intellektuelle Inspirationsquelle für Gesellschaftsströmungen wie zum Beispiel in den 1960er Jahren die studentische Protestbewegung. Politische Zirkel oder soziale Bewegungen können sich wie bei einem Fixstern an ihnen intellektuell oder programmatisch orientieren.

Auch sind Manifeste äußerst sensible Seismographen für politische Stimmungen in der Gesellschaft. Sie erteilen Auskunft über das Denken und Erleben, die Sozialisation und Politisierung ihrer Verfasser. Insofern können sie die Prägung und Gesinnung einer bestimmten Generation oder Gruppe ausdrücken. Vor allem besitzen sie eine Alarmfunktion, entspringen sie doch üblicherweise einer Parteien- und Politikverdrossenheit ihrer Urheber. Sie zeigen latente Problemlagen an, kündigen von bevorstehendem Gesellschaftswandel oder konservieren für Historiker Momentaufnahmen politischer Debatten und Stimmungen. Als Indikatoren prototypischen Zeitgeists erleichtern sie späteren Interpreten das Verständnis früherer Zeiten.

Erfolg auf Kosten konventioneller Politikakteure

Gewiss: Manifestanten versprühen in der Tagespolitik den Charme des Exotischen und brechen als interessante Charaktere deren Eintönigkeit auf. Sie besitzen das Potenzial, einem gelangweilten Publikum wieder Neugierde für die politischen Geschehnisse einzuträufeln. Manifeste bereichern damit die politische Kultur. Gerade die reizvollen Inhalte und Effekte politischer Manifeste – etwa die skandalträchtige Enthüllung oder die Präsentation einer originellen Abhilfe für eine bislang unzulängliche Politik – steigern allerdings auch Politikverdrossenheit. So positiv der aufklärerische Impuls von Manifesten auch sein mag: Er droht zugleich, den Entscheidungspraktiken einer Regierung einen ominösen und unlauteren Charakter zu verleihen und infolgedessen die Qualität politischer Entscheidungen und Ideen in Zweifel zu ziehen. Dadurch können Manifeste auch destruktiv wirken, einen Vertrauensentzug der Bürger gegenüber politischer Entscheidungsfindung und staatlicher Machtausübung verursachen oder befördern.

Eine leicht bedrückende Bewertung des Mediums Manifest, der zufolge es „eine autoritäre Form“ habe, ein „Medium der uneingeschränkten Macht, zugleich ein letztes Wort [sei], bevor die Waffen aufgenommen werden, also eine Textsorte, die eine Widerrede tendenziell ausschließt“³⁰, scheint somit zuzutreffen. Denn Manifeste weisen ihre Unterzeichner häufig als Inhaber überlegener Meinung, unanfechtbarer Schlussfolgerung, unangreifbarer Expertise aus. Manifeste versuchen, Thesen, Argumente, Einschätzungen, Prognosen etc. als zweifelsfreie Erkenntnis darzustellen und diskreditieren jedwede Missachtung als falsche Entscheidung. Diese Suggestion einer einzig zulässigen Alternative birgt jedoch große Gefahr für das Verständnis der Wähler gegenüber Rason und Rationalität von Politikern. Viele Manifeste berücksichtigen nicht die Eigentümlichkeit demokratischer Politikverfahren, ignorieren den Kompromisscharakter politischer Entscheidung, weisen Politiker im schlimmsten Fall als Verrückte, Machtversessene oder Unwissende aus. Sie schildern unannehmbare Missstände gegenwärtiger Gesellschaft, diagnostizieren damit aber das Versagen der politischen Elite und scheinen das Vorurteil einer bloß lamentierenden, hauptsächlich mit sich selbst beschäftigten Kaste zu bestätigen. Natürlich können Manifestantenschaften, zumal deren Angehörige zumeist der Autorität eines Strategen unterstehen, viel konsequenter, resoluter und insoweit glaubwürdiger eine Meinung vertreten als parteigebundene Politiker; dabei können sie jedoch den Eindruck erwecken, die diplomatisch herbeigeführten, beispielsweise auf die Parteilbasis oder die Bundestagsfraktion Rücksicht nehmenden Formulierungen der Politik seien lediglich Schwafelei oder dem alleinigen Zweck eines schnellen Wählerzuspruchs und Machtgewinns verpflichtet. „Gute“ Manifeste leben zumeist regelrecht von der Empörung und Entrüstung über die vermeintlichen Unzulänglichkeiten der Politik; ihnen sympathisch gesonnene Publikumsreaktionen gehen überwiegend auf Kosten der politischen Führungsschicht. Deren Diskreditierung ist häufig das Elixier erfolgreicher Manifestanten.

Manifestanten signalisieren überdies den Unterstützungsverlust von Eliten, den die Politik offensichtlich erleidet. Für das Ansehen einer demokratisch legitimierten Regierung ist es nicht gerade förderlich, wenn die gesellschaftlich geachtete Hautevolee – Universitätsprofessoren oder Kulturschaffende zum Beispiel – die politische Führungsschicht öffentlich kritisiert und ihr die Kompetenz für politische Entscheidungen abspricht oder sie gar eines folgenschweren Fehlurteils bezichtigt.

Frustrationsquelle für Zivilgesellschaftler

Noch in anderer Hinsicht wirken Manifeste mittelbar politikverdrießlich. Genauso, wie sie motivieren, können sie zivilgesellschaftliche Akteure, die sich vordem mit ebenso großer Inbrunst wie Erfolglosigkeit dem außerpar-

30 Van d. Berg 1997 (s. Anm. 1), S. 66.

lamentarischen Protest gewidmet haben, auch frustrieren. In drastischen Fällen werden Manifestanten für ihre Courage und ihren politischen Beteiligungswillen sogar mit einem Gefängnisarrest bestraft oder zur überstürzten Flucht ins Ausland genötigt. Und lösen sie erfolgreich eine fulminante Debatte aus, können sie durch die aufkommende Konkurrenz neuer Experten und Wortführer schnell ins intellektuelle Hintertreffen geraten und durch ihren eigenen Erfolg marginalisiert werden. Weil Manifestanten oftmals die hochtrabende, jedoch am Ende enttäuschte Erwartung hegen, mit öffentlich vorgebrachten Argumenten politische Veränderung herbeiführen zu können, diese zumeist auch Produkt vorheriger Enttäuschung ist, die sie erst zum ultimativen und verheißungsvollen Mittel des Manifests greifen ließ, können Manifeste die begrenzte Politiker- sogar zu einer umfassenden Systemverdrossenheit steigern. Das doppelte Scheitern sowohl auf herkömmlichem als auch unkonventionellem Partizipationspfad verfestigt bei den betroffenen Akteuren die Überzeugung, es mit einem autistisch abgeschotteten System zu tun zu haben, das sich jedes noch so klugen Ratschlags von außen erwehrt.

Apodiktische Schriften

Ferner lösen viele Manifeste ihr gegebenes Partizipationsversprechen nicht ein. Die expertokratische Autorität einiger Manifeste ist alles andere als partizipativ, selten offen für Gegenmeinungen. Auch politische Manifeste erweisen sich in der Tat als „Mittel, um den Leser vollkommen von den Theorien und Ansichten zu überzeugen, die der Verfasser für richtig hält“³¹. Apodiktisch vorgetragene Thesen und Vorschläge, die keinen Widerspruch dulden, keine Modifikation wünschen, degradieren die politisch mündigen Bürger zur anstandslosen Übernahme der Ideen und Forderungen der Manifestanten. Manifeste geben einen „Sachzwang“ vor; sie schildern ein Problem oder identifizieren einen Missstand und reden ihrem staunenden Publikum eine alternativlose Reaktion ein. Sie sind eben keine Dialoge. Der dem fertigen Textprodukt innerhalb der Manifestantenschaft vorausgegangene Diskussions- und Deliberationsprozess bleibt dem öffentlichen Auge in der Regel verborgen. Darin unterscheiden sie sich von Parteien, in denen wenigstens theoretisch Diskussionen stattfinden können. Das als Dialogpapier konzipierte Manifest „Eine Welt der Gerechtigkeit und des Friedens sieht anders aus“ hatte sich beispielsweise im Grunde genommen das falsche Medium ausgesucht – erschwerte die Manifest-Form doch mit ihrer eindeutigen Richtung die dialogische Kommunikation.

31 Schultz, Joachim: Literarische Manifeste der „Belle Epoque“. Frankreich 1886 - 1909. Versuch einer Gattungsbestimmung, Frankfurt am Main/Bern 1981, S. 226.

Verschüchterte Politik

Außerdem können Manifeste aufgrund einer im Angesicht der Öffentlichkeit häufig nervösen Politik zu deren „Arkanisierung“ beitragen. Indem sie politische Vorgänge in den Blickpunkt der Öffentlichkeit rücken, provozieren sie Politiker zu einer Gegenmaßnahme. Diese besteht zumeist darin, zu beschwichtigen, zu verschleiern und Entscheidungsabläufe noch öfter in die verborgenen Hinterzimmer und abgeschiedenen Konferenzräume zu verlagern. Manifeste motivieren Politiker also dazu, noch mehr Geheimniskrämerei zu betreiben, als ihnen ohnehin unterstellt wird.

Im Schatten demokratischer Kontrolle

Während Parteien und Parlamentarier durch regelmäßige Wahlen unter der demokratischen Aufsicht des Volkes stehen, entziehen sich Manifestanten dieser Kontrolle. Auch sie stellen sich zwar der Öffentlichkeit und versuchen dort mit ihrem Manifest für ihre Anliegen zu werben, doch unterziehen sie sich keinem demokratischen Wahlakt. Ihr Mittel ist der Druck öffentlicher Meinung, den sie über die Medien auf die politischen Entscheidungsträger ausüben. Diese wiederum können lediglich die Übereinstimmung von Manifestanten und Teilen der Bevölkerung vermuten. Damit können Manifeste den Trend zur Expertokratie, zur mandatslosen Entscheidungsmacht von Fachleuten verstärken – wenngleich die letzte Verantwortung immer noch die Amts- und Mandatsinhaber zu schultern haben.

Elitäres Medium mit eingeschränkter Tauglichkeit

Politische Manifeste eignen sich – vor allem in einer Mediendemokratie – in erster Linie für die politische Partizipation von Eliten oder Personen mit starken Sozialressourcen – seien es verbeamtete Professoren, subversive Intellektuelle oder mittellose wie angesehene Künstler. Der Radius von Manifest-Inhalten reicht häufig nicht aus, um die Postulate eines Manifests in den Köpfen einer großen Anzahl von Bürgern zu platzieren oder ein neues Bewusstsein zu schaffen. Dazu fehlt es den politischen Manifesten in aller Regel an Medienpräsenz und Echo in den Regierungszentralen. Entweder ist die politische Wirksamkeit in solchen Fällen zu gering oder sie tritt erst zeitversetzt – manchmal wie beim Hessischen Landboten mit über hundertjähriger Verzögerung – auf. Manifeste neigen dazu, die Introvertiertheit eines Elitendiskurses nur noch zu vertiefen, weil sie die Manifestanten im Glauben lassen, sich ja bereits an die Öffentlichkeit gewandt, den Versuch zur Durchbrechung der Barrieren des jeweiligen Herkunftsbereichs – Wissenschaft oder Kunst zum Beispiel – wagemutig unternommen zu haben. Für die fortwährende Abwesenheit ihrer Anliegen in politischen Diskussionen der Bürger, Redaktionsbüros und Politiker müssen sie sich somit nicht mehr schuldig fühlen. Beschränken sich die öffentlichen Antworten zudem

auf fachsimpelnde Beiträge anderer Intellektueller – fehlen also einfache Erklärungen und Kommentare auf den Meinungsseiten der Tageszeitungen –, so nimmt das Manifest über das notorische Feuilletonpublikum hinaus kaum jemand wahr. Insgesamt können Manifeste folglich ebenso gut interessante Diskurse vor einer größeren Öffentlichkeit abschotten oder bloß jenen Personen politischen und öffentlichen Einfluss verschaffen, die ohnehin über solchen bereits verfügen. Dennoch bieten sie sich mit ihrem Potenzial zur spontanen Intervention und ihrer vornehmen Historie als Ausdrucksmittel, dessen sich ehrwürdige Persönlichkeiten wie Karl Marx, Georg Büchner oder Heinrich Mann bedient haben, als kultiviertes Kommunikationsmedium für außerpolitische Eliten an. Schließlich besteht der „Königsweg des Intellektuellen seit Zola in der Eroberung der nationalen Öffentlichkeit durch den gezielten Gebrauch der allgemein zuständigen Medien“³².

Manifeste als potenzielle Opfer symbolischer Politik

Die politische Amateurhaftigkeit ihrer Urheber und ihr nachrichtenwertgebundenes Drohpotenzial machen Manifeste zu leichten Opfern berufspolitischer Kniffe. Die Integration der Manifestanten in politische Entscheidungsprozesse beschränkt sich in der Regel auf symbolische Maßnahmen – beispielsweise auf Beschwichtigungsversuche durch das Angebot von Elitepositionen. Unter bestimmten Voraussetzungen – in erster Linie ist dies eine starke Medienfuror – können politische Manifeste zwar die Aufmerksamkeit der politischen Elite für ein bestimmtes Problem intensivieren. Die Wirkung ist jedoch hinsichtlich Zeit und Qualität beschränkt: Selbst bei medial überaus erfolgreichen Manifesten wie der Göttinger Erklärung, reagiert die Politik lediglich mit taktischen Mitteln, allein darauf konzentriert, das von den Manifestanten Problematisierte schleunigst aus dem Medienfokus herauszuzerren. Denn mediendemokratisch erfahrene Politiker wissen um das flüchtige und sensationsheischende Interesse von Journalisten an politischen Themen. Nur manchmal korrigieren Politiker dabei auch ihren Kurs. Hat das Interesse der Medien an dem Thema dann erst einmal nachgelassen, erkennen Kanzler, Minister und Abgeordnete auch keine dringende Notwendigkeit mehr, sich noch länger damit auseinanderzusetzen.

32 Abrosimov, Kirill: Die Genese des Intellektuellen im Prozess der Kommunikation. Friedrich Melchior Grimms „Correspondance littéraire“, Voltaire und die Affäre Calas, in: Geschichte und Gesellschaft, Jg. 33 (2007) H. 2, S. 163-197, hier S. 196.

ANACHRONISTISCHE CHARISMATIKER? ZU DEN AMBIVALENZEN POLITISCHER MANIFESTE

Manifeste sind ein zivilgesellschaftliches Medium von großer Bedeutung. Man könnte dies vielleicht folgendermaßen zusammenfassen: Sie erhöhen die Selbstregulierungskraft einer Gesellschaft, bedeuten für die Öffentlichkeit zivilgesellschaftliche – anregende und originelle – Gegenstücke zur staatlich, parteilich oder kommerziell hergestellten Meinung. Sie erteilen Auskunft über die mentale Beschaffenheit ihrer Autoren, gewähren Einblick in ansonsten unzugängliches Wissen, befruchten die politische Debatte, stoßen sozialen Wandel an, ermöglichen und beschleunigen als Instrument von Statuseroberung wie -verteidigung berufliche Karrieren, konstituieren oder verfestigen zivilgesellschaftliche Gruppen. Sie erlauben eine spontane Reaktion auf aktuelle Anlässe und brisante Themen, offerieren ein hohes Potenzial an Medienkompatibilität bzw. Öffentlichkeitszugang, neigen zu historiographisch einprägsamen Ereignissen, stiften ihren Urhebern Sinn und lassen diese in den Genuss von betörenden Erfolgserlebnissen kommen, zwingen heterogene Gruppen zu innerem Konsens und animieren sie zu programmatischer Festlegung, gewähren durch den politischen Seiteneinstieg für den Moment flexibles und zwangloses Engagement ohne Parteibindung, vermitteln ein kompaktes Meinungsbild einer politisierten Gruppe oder decken deren Defizite auf.

Insgesamt bereichern Manifeste damit die politische Kultur. Indem sie die Teilnahme an der politischen Willensbildung ermöglichen, soziale Probleme benennen oder Vorschläge für politische Entscheidungen unterbreiten, erfüllen sie potenziell zentrale Funktionen der Zivilgesellschaft.³³ Besonders in Zeiten eingeschränkter Meinungsfreiheit stellen sie für oppositionelle Minderheiten oftmals eine der wenigen Möglichkeiten dar, subversiv gegen etablierte Autorität zu rebellieren, sind ein geeignetes Medium von Minorität und Gegenöffentlichkeit. Indes: Sie können auch das Image der Politik und ihrer Akteure verschlechtern, zivilgesellschaftliche Kreativität erniedrigen, unentwegten Aktionismus frustrieren, Politikverdrossenheit fördern, statt sie zu tilgen. Manifeste sind so etwas wie die Charismatiker der Zivilgesellschaft, deren abrupte Anwesenheit mobilisiert, fasziniert und herausfordert.

Das Mittel des politischen Manifestierens ist allerdings sehr voraussetzungsreich. Wie die Betrachtung ausgesuchter Beispiele gezeigt hat, bedarf es für den medialen und inhaltlichen Erfolg bestimmter Bedingungen. Darunter fallen in erster Linie die Grundvoraussetzungen einer pluralistischen Demokratie – wie die rechtlich geschützte Meinungs- und Medienfreiheit – sowie ein weit geöffneter Zugang zu den Medien. Für Eliten sind Manifeste

33 Siehe u.a. Pies, Ingo/Hielscher, Stefan: Der systematische Ort der Zivilgesellschaft, in: Zeitschrift für Wirtschafts- und Unternehmensethik, Jg. 9 (2008) H. 3, S. 337-344, hier S. 340.

daher ein geradezu prädestiniertes Artikulationsinstrument. Aufgrund der strengen Selektionsregularien der Medien und ihres intellektuellen Habitus taugen sie demgegenüber weniger für die politische Initiative und Aktivierung „gewöhnlicher“ Bürger. Politisch selten erfolgreich, eignen sie sich in erster Linie zur Statusverbesserung einer ohnehin privilegierten und ressourcenstarken Klientel.

Was den Erfolg politischer Manifeste anbelangt, so lässt sich dieser nur differenziert bewerten. Manifeste können medial erfolgreich sein, sich für die Manifestanten im Hinblick auf Karriere und Reputation äußerst profitabel auswirken, politisch aber trotz alledem scheitern. *Den* „Erfolg“ eines politischen Manifests gibt es ebenso wenig wie *das* „Scheitern“.

Überdies deutet sich in Zeiten abnehmender Differenz zwischen den Parteien, schwindender Debattierfreude in der Politik sowie weitgehender Abwesenheit von Parteintellectualen und politischen Vordenkern ein erhöhter Bedarf an politischen Manifesten an. Zugleich muten Manifeste aber auch aufgrund ihres autoritären Meinungs- und Deutungscharakters zunehmend inkompatibel zum ausladenden Partizipationsversprechen von „Web 2.0“³⁴ an. Manifeste erscheinen somit gleichermaßen modern wie anachronistisch.

Manifeste nehmen parteienähnliche Funktionen wahr: Sie ermöglichen Bürgern politische Teilhabe, rekrutieren politisches Personal, aggregieren Interessen aus gesellschaftlichen Teilbereichen und ermöglichen deren Transmission in politisches Handeln, tragen zur Regierungskontrolle bei, integrieren oppositionelle Meinung und legitimieren das politische System.³⁵ Dennoch sind politische Manifeste insgesamt ein weiterer Beleg für die schwere Ersetzbarkeit politischer Parteien. Die Zivilgesellschaft ist nicht in der Lage, ohne Weiteres an die Stelle beruflich ausgeübter Politik zu treten. Jedoch kann sie diese durchaus ergänzen und befruchten. Aus zivilgesellschaftlicher Perspektive betrachtet, haben politische Manifeste folglich einen äußerst zwiespältigen Charakter. Für die Forschung macht sie dies freilich umso attraktiver.

34 Als „Anwendungsumgebung für Kommunikation, Interaktion und Partizipation“ verspricht es, „eigentlich die ideale Plattform für die Generierung einer demokratischen Öffentlichkeit“ zu sein; Sarcinelli, Ulrich/Unger, Simone: Zukunft der Medien. Schöne neue »Web 2.0-Welt«, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, Jg. 57 (2010) H. 7-8, S. 29-33; vgl. auch Moorstedt, Tobias: US-Wahlkampf als Laborversuch. Das Internet und die Zukunft demokratischer Prozesse, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, H. 1-2/2009, S. 21-24.

35 Siehe hierzu Alemann, Ulrich v.: Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2003, S. 209-217.